

## Offener Brief an David de Pury, Autor des Weissbuchs II «Mut zum Aufbruch»

# Mut zum Aufbruch?

*Sehr geehrter Herr De Pury*

Offene Briefe mag ich zwar nicht. Sie und weitere mächtige Wirtschaftskapitäne haben jedoch öffentlich einen geradezu gigantischen sozialpolitischen Kurswechsel gefordert. Das trifft nicht allein alle Versicherten der Sozialwerke, sondern auch mein Bundesamt. Deshalb will auch ich – vorläufig – auf diesem Wege antworten.

Ich habe es gelesen, das *Weissbuch II*. Sie und die Mitverfasser dieser Agenda sorgen sich um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft und rufen auf zu einem neuen ordnungspolitischen Anlauf, um den Wirtschaftsstandort Schweiz zu erhalten. Sie wollen die Wirtschaft entlasten, von Fesseln befreien, zur Sicherung ihrer Wettbewerbsfähigkeit in einer zunehmend vernetzten Weltwirtschaft. Manche Ihrer wirtschaftspolitischen und finanzpolitischen Forderungen in Ihrer «Agenda des Aufbruchs» dürften ihre Wirkung in der öffentlichen und politischen Diskussion nicht verfehlen. Dazu werden sich Berufenere äussern.

Es ist legitim, nach den Grenzen der Belastbarkeit der Wirtschaft durch die Sozialversicherung zu fragen. Sie und die Herausgeber des Weissbuches II berufen sich dabei auf die Veränderung der Altersstruktur unserer Bevölkerung sowie auf den steigenden internationalen Wettbewerbsdruck. Daraus leiten Sie die Notwendigkeit für eine grundlegende sozialpolitische Kurskorrektur ab. Die knapper werdenden Mittel müssten auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden, die volkswirtschaftlichen Kosten seien zu berücksichtigen und bloss Umverteilungsmechanismen zu beseitigen; das Umlageverfahren sei weitgehend durch ein Kapitaldeckungsverfahren zu ersetzen und die Eigenverantwortung müsse gestärkt werden; die Sozialleistungen seien auf Bedarfskriterien auszu-

richten und im Umfang zu reduzieren. Das «Giesskannenprinzip» habe ausgedient. Diese – wie Sie sagen – zielgerichtete Sozialpolitik konkretisieren Sie durch ein Aktionsprogramm für die Politiker:

- Die **Altersvorsorge** müsse sich am Leitbild einer allgemeinen existenzsichernden Grundversorgung mit individueller Ergänzung orientieren. Dies auf dem Wege einer Grundversicherungspflicht, die ein einfaches Leben im Alter ermögliche, und durch eine Einheitsrente, die etwas höher sein dürfe als die heutige Minimalrente der AHV; später war von 1500 Franken im Monat die Rede. Schwere Schicksalsschläge könnten durch die Fürsorge oder andere bedarfsorientierte Ergänzungsleistungen aufgefangen werden. Alles weitere legen Sie in die Eigenverantwortung des Einzelnen, insbesondere die berufliche Vorsorge. Denn Sie lehnen das heutige Obligatorium der Zweiten Säule ab und erwarten, dass der Einzelne seine über die Grundsicherung hinausgehende Altersvorsorge aus seinem Einkommen erspare.

Zwar lassen Sie erkennen, dass Sie auch an andere Sozialwerke denken. Mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung gehen Sie aber nicht darauf ein. Fünf Seiten in Ihrem Weissbuch widmen Sie dem politisch hochsensiblen Bereich der sozialen Sicherung. Ist das nicht etwas mager? Ungenügend jedenfalls, weil die Kürze Ihrer Darstellung dieses vitalen staatlichen Regelungsbereichs dazu geführt hat, dass viele in Ihren Aussagen nur zweierlei zu erkennen glauben:

- das Bestreben der von Ihnen vertretenen Exportwirtschaft, die Lohnprozente zu beseitigen bzw. auf die Arbeitnehmer zu überwälzen und die Kosten für die Sozialversicherung der Gesellschaft aufzubürden;
- einen Fürsorgestaat wie im letzten Jahrhundert an die Stelle des

heutigen, in der Bundesverfassung verankerten Sozialstaates zu setzen.

Vielleicht haben Sie das aber nicht so gemeint. Das jedenfalls scheinen Ihre Interviews zu zeigen. Sie meinten es offenbar anders. Doch wie? Mit uns, d.h. mit dem Bundesamt für Sozialversicherung, haben weder Sie noch Ihre professionellen Helfer je gesprochen. Es scheinen Ihnen unsere zurzeit laufenden Abklärungen und Studien nicht bekannt zu sein: Weder der Drei-Säulen-Bericht des Departementes des Innern, die letztes Jahr von unserem Amt herausgegebene Recherche zu den Modellen eines garantierten Mindesteinkommens, noch die Beratungen von interdepartementalen Arbeitsgruppen, die sich seit einigen Monaten mit der Zukunft der sozialen Sicherung und mit deren längerfristigen Finanzierung befassen; auch nicht die fünf professionellen Gutachten zum Drei-Säulen-Konzept, die allesamt die heutige Mischung des Umlageverfahrens und des Kapitaldeckungsverfahrens in der Altersvorsorge unseres Landes auch für die Zukunft empfehlen.

Weder die Wirtschaft noch die Sozialversicherung können jede für sich allein umfassende Grundlagen für den von Ihnen angestrebten sozialpolitischen Kurswechsel erarbeiten. Das wäre einäugig. Die soziale Sicherung muss ganzheitlich im wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Umfeld neu beurteilt werden. Damit beschäftigen wir uns seit Monaten. Interessiert es Sie nicht, was da vorbereitet wird? Hätten Sie mit uns gesprochen, wäre vielleicht manches in Ihrem Weissbuch anders geschrieben worden.

Zwar anerkennen Sie «erfreuliche» Ansätze zu einer Erneuerung der Sozialpolitik in der 10. AHV-Revision. Sie wollen aber eine Einheits-Grundrente. Für alle? Auf welcher Höhe? Was würde das kosten? Modellrechnungen liessen Sie nicht anfertigen; das sei dann später bei der Bereitstellung von Vorlagen zu tun. Dadurch erschweren Sie aber jede Diskussion über Ihre Ideen. Ihr Aktionsprogramm im Weissbuch II droht deshalb zum intellektuellen Sandkastenspiel zu verkommen. Wir besässen die Zahlen für solche Modellrechnungen. – Die genannten «erfreulichen» Ansätze befriedigen Sie jedoch noch nicht. Die «Giesskanne» der AHV stört Sie. Sie schla-

gen eine Abkehr vom Versicherungsprinzip in der Altersvorsorge vor und wollen dem Staat die Kosten der an die Stelle von Versicherungsleistungen tretenden Bedarfsleistungen überbinden. Keine Lohnprozente, sondern Mehrwertsteuer-Prozente. Meinen Sie, dass das Volk einem solchen Systemwandel zustimmen würde? Das scheint Sie und die Mitverfasser des Weissbuches II aber kaum zu kümmern. Wie steht es aber mit dem Ersatz der Lohnprozente in der Unfallversicherung, mit den Arbeitgeberbeiträgen bei der Arbeitslosenversicherung? Sehen Sie dafür auch Mehrwertsteuer-Prozente vor, oder Kopfbeiträge und staatliche Prämienverbilligungen wie bei der Krankenversicherung? Entsteht dadurch nicht ein «Volk der hohlen Hände» – ein «Bittgängerstaat»? Oder meinen Sie auch das etwas anders? Das sind Fragen, worüber wir sprechen könnten, wenn Sie nur wollten.

### Und die Förderung der Selbstverantwortung?

Gewiss: Unsere freiheitliche Gesellschaftsordnung überträgt jedem die Verantwortung für sich selbst. Sie ist darauf angewiesen, dass möglichst viele für sich selbst und für ihre Angehörigen sorgen und somit nicht – wie Sie schreiben – der Allgemeinheit «zur Last fallen». Doch nur eine soziale Gesellschaft kann eine freie Gesellschaft sein. Wenn sich die Menschen fürchten müssen vor einem unsicheren Alter, vor den Folgen von Unfällen, Krankheit und Stellenverlust, dann ist unsere Gesellschaft keine freie Gesellschaft mehr, in der sich die Selbstverantwortung entfalten kann. Der Sozialstaat ist übrigens das Ergebnis dieser Selbstverantwortung. Einfache Menschen unseres Landes haben im letzten Jahrhundert und in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts erkannt, dass nur gemeinsam, mithin nur auf der Grundlage der Solidarität und des materiellen Ausgleichs, Soziale Sicherheit möglich ist. In Selbstverantwortung haben sie dafür gekämpft und unseren Sozialstaat gebaut. Die Leistungen des heutigen Sozialstaates könnte nur ein kleiner Teil unserer Gesellschaft aus eigener Kraft, eigenem Einkommen und Vermögen ersetzen. Im Durchschnitt verdienen die Vollzeitbeschäftigten brutto etwa 5000 Franken im Monat. Einer Familie mit

Kindern ist es schlicht unmöglich, bei diesem Einkommen durch individuelles oder Versicherungssparen für das Alter, für Behinderung, Krankheit und Verlust der Arbeitsstelle hinreichend vorzusorgen. Eine Grundrente nach Ihren Vorstellungen genügt ebensowenig. Die Fürsorge müsste eingreifen. Sie aber meinen: Mit der Beschränkung der Altersvorsorge auf eine allgemeine existenzsichernde Grundversorgung mit individueller Ergänzung «wird die Disposition über die Ressourcen dem einzelnen weitgehend zurückgegeben. Jeder entscheidet dann selbst, welchen gegenwärtigen Verzicht er auf sich nehmen kann oder will, um seinen Lebensstandard im Alter zu sichern.» Meinen Sie wirklich, dass das auf die Mehrheit unserer Bevölkerung zutrifft? In meinen Ohren klingt das wie Hohn.

Ähnliches empfinde ich beim Lesen Ihrer Forderung, Arbeitslosen nur noch Leistungen einer obligatorischen Grundversicherung ohne Lohnprozente zu gewähren, die von der Privatassekuranz mit individuellen, versicherungstechnisch gerechneten Prämien zu führen wäre. Abgesehen davon, dass die private Versicherungswirtschaft eine Privatisierung der Arbeitslosenversicherung auf Anfrage des BIGA bereits 1993 abgelehnt hat, weil das Risiko nicht abschätzbar sei, würden sich die Wirtschaft und die Arbeitgeber aus ihrer Verantwortung für die Folgen der Arbeitslosigkeit schleichen. Oder meinen Sie es nicht so?

Das Weissbuch

#### «Mut zum Aufbruch»

mit dem Untertitel «Eine wirtschaftspolitische Agenda für die Schweiz» ist erschienen im Verlag Orell Füssli, Zürich (Preis Fr. 28.–).

Als Herausgeber zeichnen

- David de Pury, Präsident des Verwaltungsrates der Brown Boveri AG und Co-Präsident des Verwaltungsrates der Asea-Brown-Boveri-Gruppe
- Heinz Hauser, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen
- Beat Schmid, Professor für Wirtschaftsinformatik an der Universität St. Gallen

### Und die Würde des Einzelnen?

Der Sozialstaat verleiht seinen Bürgern und Bürgerinnen das Recht auf soziale Leistungen. Sie fordern statt dessen den Nachweis individueller Bedürftigkeit, bevor die Hilfesuchenden eine Leistung erhalten. Wünschen Sie sich damit den Fürsorgestaat des letzten Jahrhunderts zurück. Heisst das auch gedemütigte und demütigte Armengenosse...? Wollen Sie wirklich das Rad der Geschichte zurückdrehen? Oder meinen es Sie nicht so?

Der wilde «Schlachtenlärm» nach dem Erscheinen Ihres Weissbuches II ist mittlerweile verblasst. Die Zeit scheint uns gekommen, die ohne Zweifel vorhandenen Probleme der Sozialversicherung und der sozialen Sicherung sachlich zu diskutieren. Wir müssen Lösungen finden, und das bald. Diese Lösungen müssen im Rahmen des Dreiecks Gesellschaft–Wirtschaft–Soziale Sicherung und nicht nur aus der Sicht eines dieser drei Beziehungspunkte gesucht werden. Wenn die harsche Reaktion auf Ihr Weissbuch II dazu führen sollte, dass Sie auch mit uns das Gespräch suchen, dann könnte daraus ein weises Weissbuch werden. Wir sind zum Gespräch bereit. Und Sie? —

Mit freundlichen Grüssen.

Walter Seiler, Direktor BSV

Als Gegenmanifest zum Weissbuch der Wirtschaftsführer hat das Lako Sozialforum Schweiz am 22. Januar 1996 einen Sammelband

#### «Soziale Fragen an der Schwelle zur Zukunft»

vorgelegt. Es enthält Beiträge von 27 europäischen Experten aus der Sozialforschung und der Wirtschaft, die im Laufe verschiedener Tagungen der letzten Jahre entstanden sind.

Bezugsadresse: Dieter Stemmler, Lako Sozialforum Schweiz, Postfach 348, 8027 Zürich (Preis Fr. 59.–)